

# Unser Wahlprogramm

zur Kommunalwahl 2019  
in der Stadt Frankfurt (Oder)

Alternative für Deutschland  
Stadtverband Frankfurt (Oder)  
[kontakt@afd-ffo.de](mailto:kontakt@afd-ffo.de)

**Alternative**



**für  
Deutschland**

Stadtverband Frankfurt (Oder)

## **Prolog zum Kommunalwahlprogramm**

AfD-Positionen, die über das Land Brandenburg auch auf die Stadt Frankfurt (Oder) einwirken:

(Auszug aus dem Landtagswahlprogramm der AfD-Brandenburg i. V. m. den Positionen des AfD-Stadtverbandes Frankfurt (Oder))

## **Einrichtung einer Kommunalkammer im Land Brandenburg:**

In Anlehnung an den Bundesrat als Ländervertretung sollte die Kommunalkammer als Vertreter der Landkreise resp. der kreisfreien Städte agieren. Die Zusammensetzung der Kommunalkammer erfolgt nach einem Bevölkerungsschlüssel, so dass je nach Bevölkerungsgröße jede Stadt bzw. Kreis dort vertreten ist – analog Bundesrat als Ländervertretung. Wir verfolgen das Ziel, dass dies die kommunale Selbstverwaltung durch ein Mitspracherecht bei der Landesgesetzgebung stärkt. Wir gehen davon aus, dass z. B. die Kreisgebietsreform mit einer Kommunalkammer nie soweit hätte geplant werden können.

## **Mehr Anerkennung für das Ehrenamt:**

Zur Stärkung der auf kommunaler Ebene stark agierenden Hilfsorganisationen - aber auch Bundesorganisationen, die bei Natur- und Katastrophenfällen herangezogen werden, sollen die freiwilligen Dienste über zusätzliche Rentenpunkte vergütet werden. Das Deutsche Rote Kreuz, Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG), Volkssolidarität, Freiwillige Feuer-wehr etc. (keine abschließende Aufzählung!) haben in der Regel Nachwuchsprobleme. Die Dienste, die dort Freiwillige leisten, sind unentgeltlich und bieten keinerlei finanzielle Abgeltung.

Durch den Wegfall der Wehrpflicht und dem damit verbundenen Ersatzdienst respektive dem kompletten Ausfall der Wehrdienstverweigerer leiden somit diese Organisationen unter personellen Engpässen.

Die AfD fordert daher die anerkannten Hilfsorganisationen über die sog. Vergabe von zusätzlichen Rentenpunkten für alle Bevölkerungsschichten - z B. unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit - die dort in diesen Organisationen aktiv Dienste leisten, attraktiver zu gestalten. Dabei können auch Jugendliche gewonnen werden, wenn sie dort frühzeitig in die Ausbildung integriert werden und später bei Volljährigkeit reguläre Dienste absolvieren. Die so gewonnenen Kräfte können selbst entscheiden, ob sie Rentenpunkte oder Zeitgutschriften erwerben (pro aktives Dienstjahr erwirbt der Freiwillige einen Monat Rentenanspruch).

## **Familien mit Kindern fördern**

Wir wollen die Förderung von Familien mit Kindern voranbringen und so die Zukunftsfähigkeit Brandenburgs sichern. Wir planen ein Wohnungsbauprogramm speziell für Familien mit Kindern. Dabei sollen die Einkommensgrenzen weit erhöht werden, damit auch Familien mit Durchschnittseinkommen in den Genuss staatlicher Förderung kommen. Je mehr Kinder im Haushalt leben, desto höher fällt die Förderung aus.

## **Grundsteuer auf die selbstgenutzte Immobilie abschaffen**

Das Wohnen ist ein Grundrecht – genauso wie das Recht auf Meinungsfreiheit, freie Wohnsitzwahl etc.

Deshalb wollen wir die Grundsteuer für eine z. B. fünfköpfige Familie (drei Kinder zwei Eltern) in einer selbstgenutzten Immobilie oder Mietwohnung (wird zurzeit auf die Miete vom Vermieter umgelegt) bis 135 qm abschaffen. Die Steuer greift erst ab Wohneinheiten, wo mehr Wohnraum als die steuerfreie Quadratmeterzahl zur Verfügung stehen.

## **Die JVA Frankfurt (Oder) wiedereröffnen**

Wie auch in dem letzten Programm von uns immer wieder gefordert, ist der Wunsch auf die Wiedereröffnung der JVA Frankfurt (Oder). Die nach aufwändiger Sanierung erst 1995 eröffnet wurde. Die Landesregierung schloss die JVA im Jahr 2013 und verkaufte diese.

Damit ist das Landgericht Frankfurt (Oder) der einzige Landgerichtsbezirk, der über keine JVA verfügt.

Wir fordern, dass die JVA Frankfurt (Oder) durch den Rückkauf wieder in den Landesbesitz zurückgeführt und unter anderem als Abschiebezentrum für abgelehnte Asylbewerber genutzt wird.

## **Sonderförderung wirtschaftlich schwacher Regionen**

Der Mensch und seine Lebensbedingungen stehen im Zentrum des politischen Handelns der AfD. Der Wohlstand der Menschen hängt maßgeblich von der Wirtschaftsstruktur ab. Die AfD sieht sich daher der Aufgabe verpflichtet, die Stadt Frankfurt (Oder) für Unternehmen und die Wirtschaft allgemein attraktiv zu gestalten, Gewerbetreibende sollen sich für Frankfurt (Oder) entscheiden und hier die Menschen beschäftigen.

Die Politik ist aufgefordert neue große, aber auch mittelständische Unternehmen, ohne ideologisch geprägte Einschränkungen (z. B. Luft- und Raumfahrtindustrie) in Brandenburg anzusiedeln. Dabei darf auch die Anwerbung von staatlichen Organisationen (z. B. Bundeswehr, Bundespolizei etc.) kein Hindernis darstellen.

# Inhaltsverzeichnis

0.	Vorwort zum Kommunalwahlprogramm 2019 des AfD-Stadtverbandes Frankfurt (Oder)	S. 8
1.	Verwaltung, Wirtschaft & Bildung	S. 9
1.1.	Verwaltung	S. 9
1.2.	Wirtschaft & Bildung	S. 10
1.2.1.	Entwicklungspotentiale	S. 11
1.2.2.	Frankfurter Wirtschaftsbüro	S. 13
1.2.3.	Steuerpolitik	S. 13
1.2.4.	Sonderwirtschaftszone	S. 13
1.2.5.	Wirtschaftsatlas	S. 14
1.2.6.	Wirtschaftskonzeption	S. 14
1.2.7.	Neues Ausbildungszentrum der Sicherheitsbehörden	S. 15
1.3.	Natur- Ressourcen im Stadtgebiet	S. 16

2.	Familien & Kinder, Jugendarbeit, Gesundheit, Ehrenamt	S. 17
2.1.	Familien & Kinder	S. 17
2.2.	Gesundheit & Soziale Dienste	S. 19
2.2.1.	Hochwertiges medizinisches Versorgungsangebot	S. 19
2.2.2.	Jugendarbeit	S. 20
2.3.	Ehrenamt	S. 20
2.4.	Wiederbelebung des Altstadtfestes Beresinchen	S. 21
3.	Innere Sicherheit für Frankfurt (Oder) – Öffentliche Sicherheit und Ordnung	S. 23
3.1.	Polizeistruktur	S. 23
3.2.	Stärkung des Ordnungssektors	S. 24
4.	Stadtentwicklung/Infrastruktur und regionale Zusammenarbeit	S. 26
4.1.	Frankfurt und das Umland	S. 26
4.2.	Regionale Zusammenarbeit	S. 27
4.2.1.	Kooperation mit der Dammvorstadt (Stubice)	S. 27
4.2.2.	Nachbargemeinden	S. 28

4.3.	Infrastruktur & Verkehr	S. 28
4.4.	Ortsteile & äußere Stadtgebiete	S. 30
4.5.	Stadtumbau & Innenstadt	S. 32
4.6.	Investitionshemmnis Denkmalschutz	S. 34
4.7.	Grünanlagen, Parks und Emissionsschutz	S. 35
5.	Kultur und Sport	S. 36
5.1.	Frankfurt als Sportstadt	S. 36
5.1.1.	Erhalt und Sanierung der Sportstätten	S. 36
5.1.2.	Unser Helenesee	S. 37
5.2.	Kultur	S. 37
5.2.1.	Das Staatsorchester	S. 37
5.2.2.	Landeskulturgesellschaft	S. 38
5.2.3.	Die freie Kulturszene	S. 39
6.	Schlusswort	S. 40



## **0. Vorwort zum Kommunalwahlprogramm 2019 des AfD-Stadtverbandes Frankfurt (Oder)**

In Verantwortung für die Zukunft der Stadt Frankfurt (Oder) hat der AfD-Stadtverband Frankfurt (Oder) das Wahlprogramm 2019 verfasst, um den Bürgern für die Stadtentwicklung eine politisch handlungsfähige Alternative anzubieten.

Wir wollen Frankfurt weiter entwickeln durch die zielorientierte Vermarktung des Wirtschaftsstandortes, die Stärkung resp. massive Entlastung von Familien mit Kindern und die Förderung des sozialen Friedens.

Die Bürger sollen Zugang zu Informationen zu Angelegenheiten kommunalen Interesses erhalten und in Volksentscheiden über die Zukunft großer Frankfurter Projekte mitentscheiden dürfen.

# **1. Verwaltung, Wirtschaft und Bildung**

## **1.1. Verwaltung**

Eine optimale Versorgung der Bürger ist überlebenswichtig für unsere Stadt. Wir sind für eine attraktive und saubere Stadt.

Dafür benötigen wir eine starke Verwaltung, die sich als wichtiger Standortvorteil zur Verbesserung des Ansehens der Stadt Frankfurt (Oder) versteht. Ordnung und Sauberkeit müssen sehr hohe Priorität genießen, um potentielle Investoren für unsere Stadt anzuwerben. Dazu werden wir einen angemessenen Haushaltstitel einrichten, um konsequent nicht genehmigte Graffiti, Farbschmierereien und illegale Müllentsorgung mit Hilfe einer gut organisierten Stadtverwaltung zu beseitigen.

Die Schaffung immer neuer fragwürdiger Stellen, ist sofort zu unterbinden! Es geht hier nicht nach politischem Wunschdenken, sondern allein nach den objektiven Erfordernissen der Bürger!

Die bisherige Personalpolitik des Oberbürgermeisters (OB) mit ihren immer größeren Aufwüchsen stößt auf unser tiefes Missfallen.

Statt offenbar nach rein parteipolitischen Kalkül sind Neueinstellungen streng nach objektiven Erwägungen zu veranlassen. Hierbei ist vordergründig das Amt 20 (Finanzverwaltung) mit der Kämmerin zu bedenken, um die fehlenden Jahresabschlüsse in den nächsten beiden Jahren zu erstellen!

Weitere Neueinstellungen sind nur noch in Bereichen wie z. B. dem Ordnungsamt gerechtfertigt, um die Aufgaben mit den Schwerpunkten Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung zu erfüllen, bzw. dort, wo die Dienste den Bürgern direkt zugutekommen (z. B. Bürgeramt und Führerscheinstelle).

Bei jedweder Möglichkeit der Umsetzung von Personal durch Weiterbildung bzw. Qualifikation ist dies anstatt von Neueinstellungen vorzuziehen! Insgesamt muss aber endlich eine sozial verträgliche Reduzierung des Personalbestandes ernsthaft in Angriff genommen werden!

Etwaige Gutachten der Verwaltung sind weitestgehend durch das eigene Personal der Stadt in der vorgegebenen Arbeitszeit zu erstellen und kostspielige externe Gutachten zu vermeiden.

Außerdem müssen Mitarbeiter nach Schulung stärker als bisher flexibel eingesetzt werden können, um mögliche Engpässe intern besser zu überbrücken.

Beschäftigte der Museen und die Verantwortung für das Staatsorchester sind endlich vollständig vom Lande in einer zu gründende Landeskulturgesellschaft oder einem Kulturamt zu übertragen und zu finanzieren, was unseren Haushalt erheblich entlastet. Die Position einer/eines „Integrationsbeauftragten“ halten wir für vollkommen überflüssig und sollte zum Zwecke der Einsparung gestrichen werden! Es werden gerade im Bereich der Sozialhilfeindustrie immer weitere Stellen geschaffen, die für die Bürger aber keine Vorteile begründen.

## **1.2. Wirtschaft & Bildung**

Unsere Stadt galt zu DDR-Zeiten als „Zentrum der Mikroelektronik“ und bot mit dem Halbleiterwerk (HFO) mehr als 7.000 Menschen einen sicheren Arbeitsplatz. Natürlich war die Bedeutung des Werkes für den internationalen Markt weit überbewertet, aber gerade der Umbruch 1989/90 hätte hier die Möglichkeit geboten, bisherige Defizite zu beheben und mit vernünftigen Konzepten eine zukunftsfähige Industrie zu etablieren. Leider zeigte die damalige Landesregierung und die Stadtverwaltung kaum Interesse daran.

### **1.2.1. Entwicklungspotentiale**

Mit dem IHP als Teil der Leibniz-Gemeinschaft hat Frankfurt ein kleines Juwel auf dem Gebiet der Forschung für innovative Mikroelektronik. Doch das daraus resultierende Potential für unsere Stadt kann leider kaum genutzt werden, da weder die entsprechende Industrie noch weitergehende Verknüpfungen für Forschung und Lehre im universitären Bereich durch das Fehlen entsprechender Studiengänge an der Viadrina möglich sind.

Hieraus folgt, dass die renommierte Europa-Universität um technische Bereiche, vor allem Informatik und auch Ingenieurwissenschaften dringend erweitert werden sollte. Durch effiziente Kooperationen mit anderen Lehrinstituten, z. B. der BTU Cottbus, der TU Berlin und vor allem auf internationaler Ebene könnten hier völlig neue Entwicklungsmöglichkeiten entstehen. Besonders das Projekt "Smart City" ist von herausragender Bedeutung, da Frankfurt, mit den dann richtigen Voraussetzungen, als Modellstadt mit entsprechenden Synergien fungieren könnte. Die AfD sieht dabei große Chancen in der Ansiedlung von "Jungen Unternehmen", die sich gerade in der Gründungsphase befinden (sogenannte START-UP-Unternehmen). Untersuchungen zufolge sind es vor allem kleine und mittelständische Unternehmen, die die größte Zahl an Arbeitsplätzen schaffen.

Die AfD setzt sich dafür ein, solche Unternehmensneugründungen in Frankfurt (Oder) zu unterstützen und Starthilfen bereitzustellen. Regelmäßige Wettbewerbe, wie z. B. einen Preis für das innovativste Unternehmen der Stadt, können den Unternehmergeist schüren. Wir wollen dabei auch in Konkurrenz zu Berlin treten, wo normalerweise die "Jungunternehmer" ihren Firmensitz einrichten würden. Wir müssen sie dazu motivieren, nach Brandenburg zu kommen. Dazu sollten sie hier bestmögliche Startbedingungen vorfinden.

Der Gewerbesteuersatz ist auf bis zu 240 % zu senken! Gerade die Nachbarkreise und Gemeinden haben einen viel Hebesatz als Frankfurt (Oder). Die von der rot-roten Landesregierung erzwungene Höhe von 400 % für Frankfurt ist nicht hinnehmbar!

## **Einrichtung einer Medizinischen Fakultät an der Viadrina**

Die Stadt hat mit dem Klinikum einen weiteren Anker für Innovation. Das in den letzten Jahren stetig ausgebaut Hospital ist Lehrkrankenhaus der Charité und genießt in vielen Bereichen einen guten Ruf. Da zwingt sich uns als AfD-Stadtverband die Frage auf, warum es an der Viadrina keine Medizinische Fakultät gibt?

Im Verhältnis zu anderen Bundesländern ist der Wissenschaftsetat in Brandenburg seit jeher gering. Das muss sich dringend ändern und durch uns offensiv in Potsdam eingefordert werden! Die Europa-Universität ist mit unter 7.000 Studenten noch ausbaufähig, was aufgrund einer eher sehr „übersichtlichen“ Wissenschaftsstruktur im Lande auch dringend geboten erscheint. Die zusätzlichen Studenten würden das Stadtbild bereichern und der intelligent organisierte Aufbau einer wahren studentischen Infrastruktur sicher auch für nicht wenige Neu-Frankfurter sorgen.

Im Bereich der Wirtschaftsentwicklung hat Frankfurt zweifelsohne ein riesiges Defizit zu verzeichnen. Besonders in den 1990er Jahren, aber auch später wanderten vor allem zahlreiche mittelständische Betriebe ins Umland ab. In Frankfurt sah man sich außerstande, benötigte Grundstücksflächen für Firmenerweiterungen zur Verfügung zu stellen oder machte unerfüllbare Forderungen auf. Hier ist dringender Handlungsbedarf angezeigt.

Im Bereich der aktiven Ansiedlungs- und Wirtschaftspolitik setzen wir uns unter 1.2.2 bis 1.2.6. für folgende Punkte ein:

### **1.2.2. Frankfurter Wirtschaftsbüro**

Als Fazit aus den bisherigen Feststellungen muss Frankfurt seine Interessen deutlich besser artikulieren! Da weder Land noch Bund uns helfen, müssen wir über eine direkte Verbindung nach Brüssel nachdenken! Die Prüfung eines Frankfurter Wirtschaftsbüros zur Werbung für den Standort und zur Akquise von EU-Fördermitteln gehört dazu. Dies kann und muss gegebenenfalls auch in direkter Konkurrenz zu Słubice geschehen.

### **1.2.3. Steuerpolitik**

Die hohe Gewerbesteuer ist völlig inakzeptabel (bereits oben angesprochen). Desweiteren ist eine Senkung der anderen wirtschafts- und ansiedlungsrelevanten Steuern, wie Grunderwerbs- und Grundsteuern erforderlich. Der Satz der Grunderwerbssteuer ist aber nur durch andere Mehrheitsverhältnisse im Landtag zu erreichen.

### **1.2.4. Sonderwirtschaftszone**

Im Bereich der Akquise von Fördermitteln werden wir eine Initiative zur Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone für Ost-Brandenburg zusammen mit den umliegenden Gemeinden und Landkreisen auf die Beine stellen. Was auf der polnischen Seite möglich ist, darf uns nicht verwehrt werden! Schließlich leben wir im vielgerühmten Europa. Wir verweisen diesbezüglich auf das von uns besuchte BMW-Distributionszentrum in der Dammvorstadt (Słubice) und in

Schwetig (Swiecko). Dort erfolgte eine Erweiterung von BMW mit 300 Arbeitsplätzen. Andere Investoren wie Amazon und Zalando sind ebenfalls an Aktivitäten in dieser Sonderwirtschaftszone auf polnischer Seite interessiert. Hier müssen wir anknüpfen. Auch die damaligen Bemühungen wie z. B. der Media-Markt/Saturn-Gruppe, eine Filiale in unserer Stadt zu etablieren, werden wir in Zukunft unterstützen.

### **1.2.5. Wirtschafts atlas**

Bereits im Oberbürgermeisterwahlkampf haben wir für die Erstellung eines aktuellen und aussagekräftigen Wirtschafts atlas für die Grenzregion Ost-Brandenburg und die westpolnischen Wojewodschaften entlang der Oder und Neiße (Euroregion) ausgesprochen. Hierin sollen sämtliche Potentiale für eine wirtschaftliche Kooperation, eine gemeinsame Produktions- und Wertschöpfungskette und die Erschließung von Synergie-Effekten zum gegenseitigen Vorteil klar ersichtlich sein und deren Umsetzung ist durch die Stadtverwaltung maßgeblich zu unterstützen! Dazu muss auch ein spezieller Teil erarbeitet werden, der Frankfurt (Oder) und die Dammvorstadt (Słubice) mit ihren jeweiligen Stärken und Schwächen dokumentiert. Das ist eine Grundlage u. a. für die klein- und mittelständischen Unternehmen. Die Kooperationen zwischen Polen und Deutschland finden in Frankfurt in erster Linie nur auf politischer Ebene statt. Das muss auch auf die Wirtschaft ausgeweitet werden!

### **1.2.6. Wirtschaftskonzeption**

Zu einer optimalen Nutzung der für Interessenten freizugänglichen Daten des Wirtschafts atlas ist die Erstellung einer Wirtschaftskonzeption für Frankfurt und die Region durch eine Unternehmensberatung, also unabhängig und hier ausdrücklich nicht durch Mitarbeiter der Stadt, die sich oftmals eher unfreiwillig in Abhängigkeit zu kommunalen Bedürfnissen und Verwaltungssachzwängen sehen, zu erstellen!

Dies ist auch dringend erforderlich zur besseren Orientierung und Strategie bei der Wirtschaftsförderung. Denn bis heute profitiert von der Idee einer „Doppelstadt“ in der Euroregion vor allem die polnische Seite. Dies ist absolut unbefriedigend. Aber Frankfurt hat ebenso das Recht und die Pflicht, hiervon zu profitieren!

Darüber hinaus fordern wir in diesem Bereich endlich eine Neuorientierung! Der Fokus muss klar auf eine wesentlich verbesserte Förderung und Unterstützung für die ortsansässige mittelständische Wirtschaft und die Anwerbung weiterer Mittelstandsunternehmen gelegt werden, statt nur auf einen vermeintlichen Großinvestor zu hoffen, der nach dem Abgreifen der Fördermittel sein Unternehmen schließt. Die unsäglichen Beispiele der letzten 20 Jahre mit der Chipfabrik und der Solarindustrie sind eindeutig genug.

Dass Unternehmen und mögliche Investoren abwandern, weil die Stadt offenbar nicht in der Lage war, ihnen beispielsweise bei der Bereitstellung eines geeigneten Grundstücks zu helfen, darf sich auf keinen Fall wiederholen!

### **1.2.7. Neues Ausbildungszentrum der Sicherheitsbehörden**

Das sog. Messe-Gelände sollte einer komplett neuen Nutzungsidee zugeführt werden. Die Bundespolizei hat bereits den Standort Kopernikusstraße zum Fortbildungszentrum für die Direktion Berlin fortentwickelt, aber der Standort ist nur sehr begrenzt geeignet. Wir empfehlen, dass der Zoll, die Landespolizei und die Bundespolizei das Messegelände mit dortiger Infrastruktur zu einem gemeinsamen Ausbildungszentrum weiter entwickeln. Die Hallen sind groß genug, um auch wetterunabhängig die Fortbildung zu gewährleisten. Das Gelände ist groß genug, um viele Ausbildungsdisziplinen abzubilden und weitere Ausbaureserven können beansprucht werden.



### **1.3. Natur-Ressourcen im Stadtgebiet**

Der Helenesee ist einer der schönsten Seen Brandenburgs und sein Potential wurde aufgrund vieler politischer Fehlentscheidungen bisher nur ansatzweise ausgeschöpft. Wir streben **eine komplette Neuausrichtung** der Helenesee-Bewirtschaftung an. Dazu zählt u. a. die kostenfreie Nutzung des Badesees inkl. kostenfreier Bereitstellung von Parkplätzen und Verkaufsanlagen am Badesee.

Ziel ist, dass dies als Anschubfinanzierung dienen soll, um so den Tourismus dort zu entwickeln. Die Stadt sollte dazu wieder die Hauptverantwortung an sich ziehen und alle bestehenden Verträge überprüfen und infrage stellen – zum Wohle der Bürger!

Darüber hinaus verfügt unsere Stadt auch über einen beträchtlichen Stadtforst als grüne Lunge für die Bürger. Wir stellen uns klar gegen bestimmte Forderungen zur Ausdehnung der wirtschaftlichen Nutzung dieses Areals, das in erster Linie als Naherholungspotential für die Frankfurter dienen muss!

## **2. Familien & Kinder, Jugendarbeit, Gesundheit, Ehrenamt**

Zur gesunden Entwicklung einer funktionierenden Kommune gehören in erster Linie neben einer wirtschaftlichen Prosperität und einer gut aufgestellten Verwaltung die Fürsorge für alle Schichten und Altersklassen ihrer Bürger. Jede Biographie ist wertvoll und verdient entsprechend behandelt zu werden. Besonderes Augenmerk muss, wie in allen Ebenen unserer Gesellschaft, auf die Förderung der Familien mit Kindern als die Träger unserer Zukunft und des Vermächtnisses unseres Volkes gelegt werden! Dies bildet die Richtschnur auch für die Politik auf diesem Felde in unserer Stadt.

### **2.1. Familien & Kinder**

Folgende Punkte haben wir schwerpunktmäßig erfasst:

Förderung von Familien mit Kindern: Diese beginnt mit der Forderung nach möglichst kostenfreien Kita- und Hortangeboten, inklusive der Verpflegung, mindestens so lang, wie die Landesregierung sich hier verweigert. Dazu hatte die AfD-Fraktion Frankfurt (Oder) bereits ein Konzept vorgelegt, wonach den Beitragspflichtigen jedes Jahr ein weiterer Monat der Beitrag erlassen wird. Ziel muss aber ganz klar die komplette Gebührenfreiheit sein, die aktiv von der Landesregierung eingefordert werden muss!

Früh- und Spätbetreuung: Die geforderte Beitragsfreiheit ist auf alle Betreuungsstufen zu beziehen und darf auch Sonderangebote für Erziehungsberechtigte nicht ausschließen! Eine dauerhafte und gut ausfinanzierte Bereitstellung dieser Angebote ist zu gewährleisten! Der seitens der rot-roten Landesregierung beginnende Einstieg ist viel zu wenig und kommt natürlich kurz vor der Landtagswahl. Auf kommunaler Ebene würde die Komplettbefreiung, die wesentlich die Mittelschicht entlasten würde, ca. 2,5 Mio. EUR kosten.

Neben dem bestehenden guten Angebot der Kinderbetreuung in unserer Stadt werden wir auch für die Einrichtung einer Spätbetreuungstagesstätte für Zeiten außerhalb des normalen Kitabetriebes auch am Sonnabend und für die Morgen- und Abendstunden einsetzen. Immer mehr Erziehungsberechtigte sind zumindest teilweise auf Arbeitsstellen mit „flexiblen“ Zeiten angewiesen, besonders Alleinerziehende.

Als weiteren Punkt werden wir die Möglichkeit der Einrichtung einer **Kinderpflegestation** für leicht bis mittelschwer erkrankte Kinder prüfen, denen ein Besuch einer Kita oder Grundschule vorübergehend nicht möglich ist und deren Eltern es leider nicht möglich ist, sich für die Pflege ihrer Kinder dienstfrei stellen zu lassen.

Es ist für die Zukunft unserer Stadt dringend erforderlich, Familien mit Kindern in Frankfurt zu halten und neue für eine dauerhafte Ansiedlung zu gewinnen. Hierbei kommt der Möglichkeit, günstiges Bauland – also günstigen und familienfreundlichen Wohnraum - zu erwerben eine immer größere Bedeutung zu.

Außerdem ist die Stadt in der Pflicht, weitergehende Angebote für Kinder und Jugendliche zu stellen. Es ist zwar bemerkenswert, wie die Bewohner der Paulinenhofsiedlung einen Spielplatz fast in Eigenverantwortung geschaffen haben, es zeigt aber auch den Nachholbedarf der Stadt.

Schließlich zahlen die Bürger Steuern, Gebühren und Sozialabgaben und finanzieren damit unser Gemeinwesen. Mit der Erziehung der Kinder sichern sie die Zukunft unserer Gesellschaft. Deswegen ist die Bereitstellung und Sicherung ausreichender Sport- und Freizeitangebote ebenso wichtig.

In Anlehnung an des Begrüßungsgeldes für Studenten, die sich mit dem Hauptwohnsitz in Frankfurt anmelden, werden wir uns für die Einrichtung eines **Begrüßungsgeldes von 500 EUR** für jedes Neugeborene mit mindestens einem deutschen Elternteil (Deutsche gemäß Art. 116 Abs. 1 GG) in unserer Stadt einsetzen. Das gilt auch für Familien, die ihren Hauptwohnsitz nach Frankfurt verlegen.

## **2.2. Gesundheit & Soziale Dienste**

Soziale Dienste bilden einen wichtigen Baustein für das Funktionieren einer Kommune und müssen in ihrem Handeln darauf bedacht sein, das tägliche Zusammenleben für die Bürger moderierend und gerecht zu gestalten. Nachteilsausgleich für Eingeschränkte, besondere Hilfestellungen und Unterstützung für Ältere und unsere Kinder gehören hier zu den wesentlichen Aufgaben.

Frankfurt verfügt zweifelsohne diesbezüglich über gute Strukturen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Seniorenbetreuung, was unsere Stadt im zunehmenden Maße auch für ältere Bürger attraktiv macht. Das hohe Engagement der Träger AWO, ASB, Volkssolidarität u. a. ist zu unterstützen und verdient unseren Respekt. Künftig ist es aber erforderlich, gerade auch diese Bevölkerungsgruppe wesentlich stärker in Verkehrs-, Infrastruktur- und städtebauliche Aspekte einzubeziehen und gravierende Fehler (z. B. beim Nahverkehrsplan) auszuschließen.

### **2.2.1. Hochwertiges medizinisches Versorgungsangebot**

Zu einer Stadt mit hoher Attraktivität gehört auch das umfassende Bemühen um ein gut aufgestelltes und ausreichendes medizinisches Versorgungsangebot.

Zwar haben wir mit dem Klinikum eine relativ günstige Ausgangssituation, aber bei der Fachärzteversorgung mangelt es erheblich. So hat nach derzeitigem Stand nun auch die letzte Hautarztpraxis geschlossen und in anderen Bereichen müssen Patienten nicht selten Monate auf einen Termin warten. Neben Zuschuss- und Grundstücksangeboten für potentielle Fachkräfte zur Ansiedlung in unserer Stadt muss auch das Land zu aktiven Bemühungen aufgefordert werden! Die gegenwärtige Entwicklung war lange voraussehbar, aber weder Land noch Kommune sahen sich imstande, zu handeln. Ohne wirklich attraktive Lockangebote wird es kurz- und mittelfristig nicht möglich sein, die gravierenden Defizite der bisherigen Politik zu beheben. Längerfristig kommt Brandenburg um eine eigene medizinische Ausbildung nicht umhin, am besten in Frankfurt mit dem Klinikum und der Universität.

### **2.2.2. Jugendarbeit**

#### **Jugend-Club:**

Wir setzen uns auch dafür ein, dass zumindest jeweils ein funktionierender Jugend-Club in den drei Hauptwohngebieten in Frankfurt (Oder) eingerichtet und entsprechend ausgestattet wird, der dauerhaft geöffnet bleibt. Die Betreuung ist durch qualifiziertes Personal und in Eigenverantwortung der Jugendlichen ideologiefrei sicher zu stellen und regelmäßig zu prüfen!

### **2.3. Ehrenamt**

Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements und freier Initiative der Bürger: Ehrenamtliches Engagement ist für jede Gemeinschaft unabdingbar und erfordert die volle Unterstützung der politisch Verantwortlichen. Es sollte selbstverständlich sein, z. B. Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren eine **angemessene steuerfreie Aufwandsentschädigung** auszuzahlen und für eine optimale Ausrüstung zu sorgen. Gleiches gilt für Helfer in sozialen Diensten sowie auch für Übungsleiter und Funktionäre in den Sportvereinen unserer Stadt.

Bereits im Landeswahlprogramm der AfD 2019 ist schriftlich fixiert, dass aktive Freiwilligendienste in Organisationen wie Feuerwehr, Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) etc. über zusätzliche Rentenpunkte entlohnt werden sollen (siehe oben Auszug aus dem Landeswahlprogramm). Diese Forderung unterstützen wir ausdrücklich.

## **2.4. Wiederbelebung des Altstadtfestes Beresinchen**

Eigeninitiativen von Bürgern sind zu begrüßen, insbesondere für Aktivitäten mit Strahlkraft für die gesamte Stadt. Dass das beliebte und schon traditionelle Altstadtfest Beresinchen ersatzlos gestrichen wurde, ist für die AfD nicht hinnehmbar! Soll das etwa das Ergebnis der sogenannten „Neubewertung“ und „kritischen Prüfstandstellung“ durch den OB sein? Hier muss ganz klar eine entsprechende Unterstützung durch die Stadt erfolgen! Es gilt, klare Prioritäten zu setzen! Weniger teure und zum Großteil völlig sinnlose externe Gutachten und ein Ende fragwürdiger à la “Slubfurt” setzen die notwendigen Mittel sofort frei!

Um aber weitergehend für diese wichtigen Aufgaben genügend finanzielle Handlungsspielräume zu bekommen, müssen dem-entsprechende Maßnahmen im Bereich der Mittelstandsförderung und Investorenansiedlung endlich nachhaltig forciert werden!

Nur eine wirtschaftlich prosperierende Stadt kann sich auch als sozialer Dienstleister ohne Haushaltsschieflage generieren. Dazu gehört, dass die Stadt sich aktiv um einen Anstieg der Bevölkerungszahl für mehr Steuereinnahmen und Mittelzuweisungen bemüht.

## **Keine weitere Aufnahme von Flüchtlingen/Geflüchteten!**

In diesem Zusammenhang sagen wir es ganz deutlich: Die AfD sieht den Zustrom von Asylanten auch in unsere Stadt äußerst kritisch. Einen, wie auch immer gearteten positiven Impuls können wir bei dieser Ausgangslage weder jetzt noch in Zukunft erkennen.

Diese negative Einschätzung wird auch durch viele Berichte, Studien und z. B. die Einschätzung des Bayerischen Innenministeriums sowie des Kriminologischen Institutes in Niedersachsen klar gestützt. Die gegenwärtige angespannte Situation in Cottbus ist besorgniserregend und absolut inakzeptabel! Auch die AfD auf Landesebene stellt sich gegen die Aufnahme weiterer Transferleistungsempfänger resp. Asylanten durch das Land Brandenburg. Insbesondere vor dem Hintergrund der Kostenexplosion, die durch diese Bevölkerungsgruppe ausgelöst wird, wird der schon jetzt finanziell völlig überbelastete Stadthaushalt soweit strapaziert, dass für wichtige Projekte keine Mittel mehr vorhanden sind.

Diese Forderung erhält umso mehr Gewicht, da der Bund die betreffenden Mittelzuweisungen für die Länder drastisch kürzen will. Aus diesem Grunde lehnen wir auch die bereits erfolgte Entfristung von acht Vollzeitstellen für die Asylanten- Betreuung in Frankfurt entschieden ab.

### **3. Innere Sicherheit für Frankfurt (Oder) – Öffentliche Sicherheit und Ordnung**

#### **Wiedereröffnung der JVA Frankfurt (Oder):**

Frankfurt (Oder) war immer eine Beamten- und Garnisonsstadt. Der Staat, und damit auch das Land Brandenburg, dürfen sich nicht aus dem Bereich der "Inneren Sicherheit" zurückziehen.

Ostbrandenburg ist ein Schwerpunktbereich der Kriminalität. Wir fordern die Wiedereröffnung der JVA Frankfurt (Oder) als Zeichen der aktiven Strafverfolgung, um auch die Polizei und Justiz zu entlasten. Dies ist auch vom AfD-Stadtverband FF in das Landtagswahlprogramm der AfD-Brandenburg als ein zentrales Anliegen transportiert worden (siehe oben).

#### **3.1. Polizeistruktur**

Als Sofortmaßnahme zur schnellen Verbesserung der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung fordern wir die **Rückverlegung der Landespolizeiinspektion von Fürstenwalde/Spree nach Frankfurt (Oder).**

Somit wird der Status vor der Polizeireform teilweise wieder hergestellt. Die operative polizeiliche Führung wie z. B. Inspektionsleitung, Dienstgruppenleitung etc. gehören nach Frankfurt (Oder). Eine kreisfreie Stadt, die als Oberzentrum fungieren soll, muss auch polizeilich das Zentrum bilden.

#### **Wir fordern:**

Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung (Ordnungsamt), Landespolizei und Bundespolizei bei der Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit in Frankfurt (Oder). Dabei sind Problembereiche wie Horten-Vorplatz, Lennépark etc. als Kriminalitätsschwerpunkte zu klassifizieren. Durch eine bessere Beleuchtung soll ein höheres Sicherheitsgefühl geschaffen werden. Darüber hinaus streben wir an, auch an allen öffentlichen Plätzen, öffentlichen Gebäuden und Einkaufszentren Defibrillatoren für den medizinischen Ernstfall einzelner Personen zu installieren.



Wir sind für den Erlass einer speziellen **Gefahrenabwehrverordnung**, die zum Ziele hat, die Innenstadt sicherer und nicht zuletzt belästigungsfrei zu gestalten. Dazu gehören auch die Ausweitung des Alkoholverbotes, und Videoüberwachung. Wir favorisieren unter dem Motto "Arbeit vor Sozialhilfe" sog. Präventionshelfer als Projektmaßnahme.

Es sollen Personen ab 21 Jahre aus dem Kreise der staatlichen Transferzahlungsempfänger, die jeweils für ein Jahr (nach einer Schulung) die Aufgaben wahrnehmen, in Fußgängerzonen, Schulwegen, Parks und Grünanlagen für Sauberkeit und Ordnung zu sorgen und dabei die Stadtverwaltung und Polizei zu unterstützen. Die Präventionshelfer sollen mit Mobilfunktelefon und Uniformen ausgestattet werden.

### **3.2. Stärkung des Sicherheitssektors**

Hier wollen wir eine Erhöhung der Mitarbeiterzahl aus dem vorhandenen Personalpool der Stadt durch Umsetzung und Schulung erreichen. Die Ausstattung des Ordnungsamtes muss sich am Polizeimaßstab orientieren: u. a. polizeiähnliche Uniformen und Ausrüstung analog zu anderen Städten; Gemeinsame Streifen mit der Polizei.

Hierzu hatte die AfD bereits 2014 einen eigenen Antrag gestellt, und nach Rücksprache mit dem Landrat LOS überlegen die Verantwortlichen dort, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen. Auch in Berlin z. B. Bezirk Reinickendorf sollen Ordnungsamtskräfte mit Funkgeräten ausgerüstet werden.

## **Wir befürworten die**

enge Zusammenarbeit mit der Dammvorstadt (Słubice) im Bereich des Katastrophenschutzes und des Ordnungs- und Sicherheitssektors.

Wir lehnen jedoch den Einsatz von Polizeikräften anderer Staaten zur Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben auf dem Territorium der Stadt Frankfurt (Oder) ab.

Auch städtebauliche Änderungen unter Berücksichtigung der Entstehung von Kriminalität bewirken eine aktive Kriminalprävention. Wir fordern eine Baupolitik nach dem Grundsatz, dass "Wohnen Spaß machen muss." Wir fordern eine "kriminalitätsabwehrende Architektur", d. h. Verzicht auf den Totalabriss von Hochhäusern/Wohnblöcken, die dazu führen (wie teilweise in der Vergangenheit erfolgt), dass nur noch einzelne Hochhäuser/Wohnblöcke ohne zusammenhängende Struktur stehen bleiben, stattdessen gleichmäßiger Rückbau von einzelnen Etagen. Hingegen sind extreme Bauverdichtungen (z. B. Pablo-Neruda-Block) mieterfreundlich aufzulockern.

Wir lehnen aggressive resp. provozierende Kunst, in der Öffentlichkeit - bzw. auf öffentlichen Plätzen ab. Vielmehr setzen wir auf Blumen, gepflegte Grünanlagen mit Bänken und Brunnen, die die Bürger zum Verweilen einladen. Diese prosoziale Einstimmung trägt zur Humanisierung des gedeihlichen Zusammenlebens der Menschen bei.

Weitere Maßnahmen sind Eingrenzung der Grundstücke durch Hecken, Büsche etc. Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen etwa hochwertige Spielplätze, Sitzbänke bzw. Trockenplätze. Gute Einsehbarkeit und Beleuchtung von Hauseingängen. Einführung von symbolischen Barrieren zur Unterscheidung von öffentlichem und privatem Raum.

## **4. Stadtentwicklung, Infrastruktur und regionale Zusammenarbeit**

### **4.1. Frankfurt und das Umland**

Mit der Grenzlage unserer Stadt und der Europa-Universität ist Frankfurt für eine Vorreiterrolle der europäischen Kooperation prädestiniert.

Dabei scheint Frankfurt zurzeit den Kürzeren zu ziehen. Während die Dammvorstadt (Słubice) mit dem "Lebuser Land" als Sonderwirtschaftszone eine Reihe neuer Unternehmen anzieht und sich zur Boom-Region entwickelt (siehe BMW-Distributionszentrum mit 300 Arbeitsplätzen), bleibt Frankfurt dieser Vorteil verwehrt. Stattdessen finanziert unsere Stadt zum größten Teil eine Buslinie, die Einkaufstouristen direkt vom Bahnhof zu den Märkten in die Dammvorstadt und zurück chauffiert, woran Frankfurter Händler aber wenig partizipieren.

Auch bei sonstigen Gemeinschaftsprojekten tun sich immer wieder Probleme auf, da die polnische Seite keine Gelder der Kommunen über die Grenze transferieren darf.

Die Grenzöffnung vor zehn Jahren hat sicher Vorteile gebracht, aber für die deutsche Seite vor allem einen starken Anstieg der grenzüberschreitenden Kriminalität. Viele Unternehmen auf deutscher Seite sind durch Diebstahlsverluste in eine existenzgefährdende Schieflage geraten. Frankfurt nimmt immer noch eine traurige Spitzenstellung z. B. beim Auto- und Fahrraddiebstahl ein.

Erst Jahre nach der Grenzöffnung ist ein deutsch-polnisches Polizeiabkommen geschlossen worden. Viel mehr passiert zum Schutze der Bürger aber nicht.

#### **Wir werden uns für nachstehende Punkte einsetzen:**

- Deutlich mehr Präsenz und Kooperation von Landes- und Bundespolizei (siehe auch Punkt 3)
- Regelmäßige Bestreifung des Grenzübergangsraumes und neuralgischer Punkte in der Stadt sowie der Parkanlagen durch Personal des Ordnungsamtes auch nach 18:00 Uhr und an Wochenenden

## 4.2. Regionale Zusammenarbeit

### 4.2.1. Kooperation mit der Dammvorstadt (Ślubice)

Zur vielfach beschworenen Zusammenarbeit in der Doppelstadt müssen die wahren Beweise des gegenseitigen Vorteils erst noch erbracht werden. Man kann sich in den meisten Fällen des Eindrucks nicht erwehren, als stünde vieles nur auf dem Papier. Wie sonst ist zu erklären, weshalb Ślubice nun eine eigene Marina an der Oder plant? Eine wirkliche Kooperation ist bisher nur auf einigen Feldern der Kommunalpolitik erkennbar. Dabei zeigt das Zusammenspiel bei der Fernwärme neue Lösungen auf.

Die Viadrina mit dem Collegium Polonicum ist auf einem guten Wege. Es muss aber deutlich mehr passieren! Wahrhafte Zusammenarbeit mit unserer polnischen Nachbarstadt muss sich endlich zum beiderseitigen Vorteil entwickeln, bei dem es möglich wird, eine gemeinsame Wertschöpfungskette für Frankfurt und Ślubice zu schaffen.

Es bedarf endlich einer **wirtschaftlichen Gesamtkonzeption für die Euroregion und Frankfurt/Dammvorstadt (Ślubice):**

Allem Anscheine nach zieht bisher vor allem Ślubice die meisten Vorteile aus den Förderungen für die Euroregion und die beiderseitige Kooperation. Besonders bei der Wirtschaftsansiedlung setzt Ślubice und sein polnisches Umland vor allem auf Konkurrenz. Begünstigt wird die Situation für unsere polnischen Nachbarn aber auch zu einem erheblichen Teil durch eine katastrophale Steuer- und Wirtschaftspolitik der rot-roten Landesregierung in Brandenburg (z.B. Höchstsatz Gewerbesteuer etc.).

Auf Landesebene betreibt die AfD seit einiger Zeit den Aufbau von Beziehungen zu Polen. Als Auftakt fand ein großes Treffen in Breslau statt. Laut Zusage der AfD-Fraktion soll ein Frankfurter AfD-Vertreter mit eingebunden werden. So lässt sich weitere Kooperation aufbauen.

### **4.2.2. Nachbargemeinden**

Bezüglich des Umgangs mit unseren deutschen Nachbargemeinden, wie Lebus, Müllrose, Wulkow, Brieskow-Finkenheerd und anderen sind neue Wege der Kooperation zum gemeinsamen Vorteil, gerade nach der kläglichen Absage der Kreisreform, zu prüfen. Die Zusammenarbeit in der Wasserwirtschaft (FWA GmbH) mit Müllrose, Briesen und Jacobsdorf bildet hierfür ein gutes Leitbild.

Aus den künftigen Gemeinschaftsprojekten können dann auch tiefer gehende Kooperationsformen bis hin zum Zusammenschluss entstehen.

Prinzip der Freiwilligkeit und des gemeinsamen Nutzens:

Absolut entscheidend ist die reine Freiwilligkeit der betreffenden Gemeinden für diesen Schritt der Kooperation mit der Option eines Zusammenschlusses. Dabei muss eine garantierte weitestgehende Finanzautonomie der Beitrittskommune gelten! Nur für gemeinsame Aufgabenlösungen zum beiderseitigen Vorteil und die Nutzung Frankfurter Infrastruktur ist von den Gemeinden ein Beitrag zu leisten. Eine Zwangseingemeindung, wie sie in der Vergangenheit seitens des Landes durchgesetzt wurde, lehnen wir als AfD hingegen entschieden ab.

### **4.3. Infrastruktur & Verkehr**

Im Bereich der städtischen Infrastruktur setzen wir uns für eine erhebliche Erhöhung der Haushaltsmittel für die zügige Abarbeitung des enormen Reparaturrückstaus in Frankfurt ein. Für die schnelle Instandsetzung der zahlreichen Fahrbahn- und Gehwegschäden fordern wir die dauerhafte Einrichtung eines ausreichenden Budgets für sofortige Handlungsoptionen des entsprechenden Amtes.

In diesem Zusammenhang machen wir noch einmal unsere klare Position der sofortigen vollständigen Abschaffung der Straßenbaubeiträge deutlich. Für alle, die bisher zu diesen Zwangsgebühren herangezogen wurden, wollen wir eine entsprechende Entschädigung durch das Land einfordern.

Die AfD hat diese Forderung bereits seit 2014 im Landtag in Potsdam erhoben, welche jedoch von der rot-roten Regierung vehement abgelehnt wurde.

Bezüglich eines verbesserten Verkehrsflusses werden wir uns für die Prüfung und Umsetzung der Ausweitung einer verkehrsangepassten, sensorgesteuerten Schaltung von Ampelanlagen einsetzen. Künftig favorisieren wir jedoch die Einrichtung von Kreisverkehren vor Ampelanlagen, wenn ausreichend Platz vorhanden ist und die baulichen Erfordernisse es zulassen.

Die sich ausbreitende sogenannte "Parkraumbewirtschaftung" lehnen wir ab. Wenn dennoch eine eventuelle Notwendigkeit begründet werden kann, sollte das Parken grundsätzlich für drei Stunden kostenfrei im Innenstadtbereich möglich sein. Die Ausstellung der sog. Anwohnerparkausweise wollen wir künftig gebührenfrei für die betreffenden Bürger ermöglichen.

**Zur Unterstützung der E-Mobilität erachten wir es als notwendig, weitere Ladestationen im Stadtgebiet zu installieren.**

Den Ausbau des Radwegenetzes unterstützen wir, wenn dadurch nicht der Verkehrsraum für Kraftfahrzeuge eingeschränkt wird und Radwege auch tatsächlich bedarfsorientiert eingerichtet werden. In diesem Zusammenhang machen wir uns für die Ausweitung von Radladestationen zur Unterstützung des zunehmenden E-Fahrrad-Verkehrs stark und fordern die Einrichtung von Fahrradgaragen als sichere Abstellmöglichkeiten, besonders in der Innenstadt.

Eine Straßenbahnverbindung in die Dammvorstadt (Słubice) lehnen wir aus Gründen der unsicheren Finanzierung seitens unserer Nachbarstadt entschieden ab! Auch die Fortführung der Buslinie 983 ist aus diesen Gründen nicht mehr gesichert. Das Problem ist, dass die Linie leider keine neuen Einnahmen generiert, dafür aber weitere Kosten verursacht. Laut Aussage des etablierten „Linksblocks“ (alle außer AfD) in dieser Stadt ist diese Linie „... eine politische Entscheidung“.

Da die Frankfurter Straßenbahn auch eine durchaus identitätsstiftende und hohe verkehrspolitische Funktion hat, sind entsprechende Maßnahmen zur Optimierung und Modernisierung des Streckennetzes und des Fahrzeugparks gerechtfertigt. Hierbei allerdings ist die Landesregierung deutlich stärker in die Pflicht zu nehmen als bisher. Dies gilt insbesondere für die notwendige Anschaffung neuer Fahrzeuge und den barrierefreien Umbau der Haltestellen. Darüber hinaus setzen wir uns für die deutliche Erhöhung der Verkehrssicherheit insbesondere für Senioren und behinderte Personen ein.

**Insgesamt unterstützen wir eine stärkere Nutzung des ÖPNV** in unserer Stadt und setzen uns für ein attraktiveres Fahrscheinangebot ein. So wollen wir z.B. wieder eine Kurzstrecke bis 4 Haltestellen für 1,00 EUR einführen und die 4-Fahrtenmarke für 5,00 EUR anbieten. Als Ziel erstreben wir, dass die Tarife in den nächsten fünf Jahren stabil bleiben. Das für Leistungsempfänger angebotene Mobilitätsticket zum halben Preis muss auch auf andere einkommensschwache Personengruppen ausgeweitet werden!

## **Weiterer Stadtraum**

### **4.4. Ortsteile und äußere Stadtgebiete**

Die in den vergangenen Jahren oft zu einseitige Orientierung auf die Stärkung des Innenstadtbereiches hat zu teilweise erheblichen Defiziten der Ortsteile und der äußeren Stadtgebiete geführt. Wir wollen, dass alle Stadtgebiete endlich den jeweiligen Erfordernissen entsprechend gleichwertig gefördert werden. Dies betrifft sowohl die baulichen und infrastrukturellen Aspekte, wie auch die sozialen und kulturellen. Zu diesem Zwecke fordern wir die Erstellung eines neuen Nahverkehrsplanes mit den betreffenden Bewohnern durch die bestehende Verwaltung. Es geht nicht an, dass durch Fehlentscheidungen aus kostspieligen Gutachten ganze Stadtteile vom Nahverkehr abgehängt werden!

Für die kulturelle Arbeit, das Gemeindeleben in allen Ortsteilen und die Förderung der Stadtteilarbeit in Frankfurt (Oder) ist die sog. Einwohnerpauschale von derzeit 2,50 EUR pro Person auf zunächst 5,00 EUR pro Person und später auf 10,00 EUR zu erhöhen.

**Den Ort- resp. Stadtteilen muss es ermöglicht werden, eigene Haushalte für diese Zwecke einzurichten.**

Den besonders von den Linken und Grünen bejubelten "Bürgerhaushalt" in Höhe von 40.000 EUR lehnen wir als reine Schauveranstaltung und Augenwischerei grundsätzlich ab. Der Einstieg über den Beschluss zur „Richtlinie zur Förderung der Stadtteilarbeit“ ist der richtige Weg, die Stadtteilkonferenzen langfristig aufzubauen und finanziell deutlich zu stärken, um genügend Bürger für ein entsprechendes Engagement zu gewinnen. Gerade in diesen Gremien, den Ortsbeiräten und Stadtteilkonferenzen, sollen die Bürger eigenverantwortlich und frei über die Verwendung der entsprechenden Mittel in ihrem unmittelbaren Umfeld entscheiden können.

### **Gemeindezentrum**

Entscheidend für ein gutes Gemeindeleben in den Ortsteilen ist auch das Vorhandensein einer gut ausgestatteten Lokalität als eine Art Gemeindezentrum. Hierfür fordern wir die Bereitstellung der entsprechenden Mittel im Haushalt. Für die Heimkehrsiedlung Klingetal/Gronenfelde sollte unseres Erachtens ebenfalls geprüft werden, ob die genannten Maßnahmen auch dort infrage kommen.

Desweiteren ist eine völlig unbefriedigende Situation im Bereich der Einzelhandelsversorgung in den erwähnten Quartieren zu verzeichnen. In der Gubener Vorstadt ist nicht ein Geschäft vorhanden, in der Lebuser Vorstadt gerade noch ein Nahversorger. Besonders gravierend ist die Situation in den meisten Ortsteilen. Nach der Schließung des Marktes im Technologiepark hat sich hier die Lage zugespitzt. Für Markendorf ist aktiv nach einem Anbieter zu suchen und dann zu unterstützen. Weitere Ortsteile sind hieraufhin zu evaluieren.



## 4.5. Stadtumbau / Innenstadt

Wir setzen uns für einen schnellen Um- und Ausbau der Magistrale als attraktive Hauptachse der Innenstadt ein. Vordergründig wollen wir hierbei eine Orientierung an den Bedürfnissen der mittelständischen Händler erreichen. Um die Innenstadt zu beleben, erscheint uns ein gebührenfreies Parken von drei Stunden pro Kalendertag sinnvoll. Der hohe Leerstand der Ladenzeile in der Innenstadt resultiert daher, weil zu hohe Mieten bestehen. Wir fordern eine Senkung der Mieten für die gewerbliche Nutzung und vor allem zur Unterstützung neuer Existenzgründungen in diesem Bereich.

Besonders für die Steigerung der Attraktivität und der Zugänglichkeit für alle Bevölkerungsgruppen fordern wir für die Innenstadt, aber auch andere Stadtteile

die Wiedergangbarmachung bzw. Neueinrichtung sowie deren dauerhafte Wartung und Reinigung öffentlicher WC-Anlagen.

Ein weiterer Aspekt stellt für uns die **Wartung, Reinigung und Betreibung der städtischen Brunnen** dar. Hierfür setzen wir uns für die Einrichtung eines dauerhaften Budgets ein, wenn kein Sponsor gefunden werden kann.

Die städtebauliche Planung der Verwaltung in Frankfurt (Oder) führte in der Vergangenheit durch Fehlentscheidungen oder durch Vorschläge der Interessenvertreter (Wohnungswirtschaft, Wohnbau) zu der jetzigen unbefriedigten Situation.

Wir möchten diesen nicht mehr zeitgemäßen Stadtumbau neu gestalten. Dazu gehört, dass in einigen Straßenzügen über einen etagenweisen Rückbau nachgedacht werden sollte, wie z.B. im Friedenseck erfolgt. Wenn dennoch ein Abriss als notwendig erachtet wird, muss die architektonische Gestaltung des jeweiligen Straßenbildes Beachtung finden auch unter den Gesichtspunkten der Inneren Sicherheit.

Ebenso ist ein Umbau der Objekte sinnvoll, bei dem die demographische Entwicklung beachtet wird. Die Stadt Frankfurt (Oder) diagnostiziert eine hohe Altersstruktur, aus diesem Grunde steigt in der Zukunft der Bedarf an altersgerechten Wohnungen. Hierfür muss künftig ein besonderes Augenmerk auf Gebäude mit Aufzügen gelegt und nach Möglichkeit der Einbau weiterer Fahrstühle in Wohnhäuser kostengünstig gefördert werden! Der bisherige Abriss wurde vorwiegend dadurch geprägt, dass die Wohnungsunternehmen Fördermittel und eine Entschuldung der Altlasten erhielten.

Wir setzen uns zukünftig dafür ein, dass ein neues Fördergesetz erlassen wird, das auch eine Förderung für den Umbau bzw. etagenweisen Rückbau regelt.

Des Weiteren fordern wir von der Landesregierung endlich **ein neues Förderprogramm zum nachträglichen Aufzugseinbau**, das sich an den bestehenden Bedingungen in den P2/WBS 70-Bautypen orientiert, da hier nur kleinräumige Aufzüge infrage kommen!

Einen unschönen Anblick für das Stadtbild prägen die vielen leer stehenden Objekte sowie die zum Großteil verwahrlosten denkmalgeschützten Immobilien. Hierfür muss schnellstmöglich ein Konzept für die Weiternutzung erstellt werden.

Für die äußeren Stadtteile und die Ortsteile fordern wir die weitere und zügige Bereitstellung günstigen und attraktiven Baulandes, vorwiegend für Familien. Laut Auskünften der Immobilienbranche und Bauwirtschaft besteht in Frankfurt eine enorme Nachfrage hierfür. Die in diesem Zusammenhang durch den neuen OB konstatierten Richtlinien, wonach dieser seine Bedenken gegenüber weiteren Eigenheimsiedlungen in unserer Stadt hat, sind für uns nicht nachvollziehbar. Ebenso seine Ankündigung, dass vor allem für große Asylantenfamilien neue und damit großzügigere Wohnungen errichtet werden sollen, lehnen wir entschieden ab.

#### 4.6. Investitionshemmnis Denkmalschutz

Der Denkmalschutz ist zwar in bestimmten Fällen für den Erhalt seltener und wertvoller Bausubstanz bedeutend, darf aber auf keinen Fall ein Hemmnis für Investoren darstellen!

Zum Teil übertriebene Schutz-forderungen (z. B. Wohnquartier Gorkistraße) müssen für eine effektive Stadtsanierung zurückstehen. Die Investoren müssen hier die Unterstützung der Verwaltungsspitze bekommen. Etwaige kostspielige Untergrunduntersuchungen (historische Kellergewölbe etc.) sind durch ein Landesprogramm mitzufinanzieren.

Außerdem richten wir uns **gegen eine "Konservierungspolitik" von DDR-Architektur**, wie z. B. gegenwärtig bei der Fassadengestaltung im Zuge der Sanierung der Großen Scharrnstraße (Fußgängerzone). Die völlig undifferenzierte Denkmalstellung der Magistrale hat vor allem zu einem Hemmnis bei einer positiven städtebaulichen Umgestaltung dieser Straße mit den bekannten Ergebnissen geführt.

Die Sanierung des alten Kinos seitens der Stadt sehen wir eher kritisch, da hier offensichtlich ungeahnte Kosten der Instandhaltung und Sanierung auf Frankfurt zukommen. In diesem Falle ist auch eine andere Nutzung durch private Hand zu prüfen. Dass das betreffende Gebäude nur im DDR-Stile wiederhergerichtet werden soll, verleugnet die lange Geschichte dieser Immobilie und schränkt deren städtebauliche Bedeutung ein.

Darüber hinaus erachten wir es als unabdingbar, die noch erhaltene historische Stadtarchitektur, soweit es irgendwie möglich ist, zu erhalten, zu sanieren und einer sinnvollen Nutzung zuzuführen. Dies umso mehr, da gerade im Innenstadtbereich die einst prägende Bausubstanz infolge der unsäglichen Kriegsnachwirkungen fast vollständig verloren ging.

In aller Deutlichkeit lehnen wir ebenfalls die vom OB geäußerten Vorschläge für eine zweite Oderbrücke oder gar eine "Oderphilharmonie" als Phantastereien mit Nachdruck ab. Derlei pharaonenhafte monumentale Denkmalsetzungen haben in einer seriösen Stadtpolitik nichts verloren!

#### **4.7. Grünanlagen, Parks und Emissionsschutz**

Um die Sauberkeit im Wohnumfeld zu verbessern, müssen Freiflächen, Straßenränder und Parks regelmäßiger gepflegt werden. Hierfür fordern wir eine deutliche Erhöhung der zur Verfügung gestellten Mittel im Haushalt.

Ebenso fordern wir ein **kontinuierlich eingestelltes und ausreichendes Budget für die Wartung, Reparatur, den Ersatz und die Neuanschaffung sogenannter Stadtmöbel, wie Sitzbänke, Papierkörbe, Fahrradständer etc.** für das gesamte Stadtgebiet. Dies gilt ebenso für die Aufstellung und Wartung von Gerätschaften zur Bereinigung von Hundeeunrat.

Neben der Pflege der Grünanlagen und Parks wollen wir eine deutliche Aufwertung entsprechender Anlagen (z. B. Kleistpark, nördlicher Lennépark, Botanischer Garten und Lienaupark) erreichen. In diesem Zusammenhang wollen wir Varianten zur möglichen Überdachung der Schnellstraße durch den Kleistpark und deren Begrünung zur nachhaltigen Verringerung der Lärmemission für die Anwohner und Parkbesucher prüfen lassen. Desweiteren fordern wir eine schnelle Verdichtung des Baumbestandes in diesem Park, der in den letzten Jahren stark gelichtet wurde.

Beim Thema Baumfällungen fordern wir eine wesentlich höhere Transparenz bei der Entscheidungsfindung und eine Vorabinformation für die betroffenen Anwohner. Um Fällungen zu vermeiden, fordern wir deutliche Anstrengungen der Verwaltung zur rechtzeitigen Baumpflege und des Austausches einzelner Bäume. Es ist für uns nicht länger hinnehmbar, dass die Stadt ihren Pflichten nicht nachkommt und dann Radikallösungen ohne die Bürger durchsetzt. Bei allen Großfällungen muss immer der Aspekt der Bewahrung des besonderen Charakters der Straße beachtet werden!

## **5. Kultur und Sport**

### **5.1. Frankfurt als Sportstadt**

Frankfurt kann mit Recht als Sportstadt bezeichnet werden. Nicht nur das Leistungszentrum der Bundeswehr mit dem Olympiastützpunkt und sogar einer "Sportbetonten Grundschule" neben einer Sportgesamtschule stehen hierfür. Auch geschichtlich hat die Stadt mit einer langen Vereinstradition in diversen Disziplinen, wie z. B. Rudern, Fußball, Handball, Ringen, Faustkampf und Radsport diesen Anspruch untermauert. Frankfurt sollte alles daran setzen, dieses bestehende Angebot mit seinen Einrichtungen zu bewahren. Dies gilt insbesondere für den Breitensport sowie für den Reha- und Seniorensport. Dazu gehört, dass die Stadt jederzeit gute Erreichbarkeiten und Verkehrsanbindungen für die Nutzer zur Verfügung stellt. Die Sportvereine garantieren eine hervorragende Jugendarbeit, die für die Erziehung und charakterliche Formung junger Menschen äußerst wertvoll ist. Damit dies auch künftig gewährleistet werden kann, sind für uns folgende Punkte entscheidend:

#### **5.1.1. Erhalt und Sanierung der Sportstätten**

Es erscheint uns dringend geboten, den Zustand der meisten Sportstätten zu überprüfen und den aufgelaufenen Sanierungstau endlich in Angriff zu nehmen. Die in diesem Zusammenhang aufgestellten Forderungen seitens des zuständigen Beigeordneten unterstützen wir.

In jedem Falle darf dies nicht zu einer Erhöhung der Nutzungsentgelte führen, weder für die Vereine noch für die Mitglieder. Auch wollen wir erreichen, dass Sportvereine unserer Stadt, die sich der Jugendarbeit verpflichtet fühlen, eine Begünstigung bei der Gebührenerhebung für alle Mitglieder (d. h. auch die Erwachsenen) bei der Nutzung öffentlicher Sportstätten erfahren.

Im Bereich des Schwimmsports ist die Errichtung einer neuen und größeren Schwimmhalle dringend geboten, scheint aber aufgrund des haushaltspolitischen Totalversagens der vergangenen Jahre in naher Zukunft kaum möglich. Hierbei erachten wir es ausdrücklich als bedeutsam, dass ein neues Hallenbad aber diesseits der Oder errichtet wird, entgegen den Träumereien einiger politischer Mitbewerber.

### **5.1.2. Unser Helenesee**

Wie bereits erwähnt, ist der Helenesee auch in die Sportpolitik der Stadt einzubeziehen!

Zu diesem Zwecke haben wir bereits Kontakte zu Gemeinden mit ähnlichen Gewässern in kommunaler Verantwortung und einem Betreiber eines Hausbootparks in Niedersachsen aufgenommen.

Das erfolgreiche "Helene-Beach-Festival" sollte zwar weitergeführt werden, der sonstige Betrieb ist aber wieder in die Hände der Allgemeinheit zu legen. Dazu bedarf es eines wirtschaftlichen und zeitgemäßen Nutzungskonzeptes. Neue Ideen und ein Ausbau des Areals zum Strand- und Wassersportzentrum in der Region mit privaten Investoren bis hin zur Errichtung eines Ferienhotels sind hierbei denkbar. Eine Verdrängung der bisherigen Camper und Bungalownutzer darf es jedoch dabei nicht geben!

## **5.2. Kultur**

Im Bereich der Kultur fordern wir, dass das Land endlich seiner Verantwortung nachkommt! Hierfür sind folgende Punkte zu realisieren:

### **5.2.1. Das Staatsorchester**

Das Staatsorchester ist zu 100 % vom Land zu finanzieren, wie der Name Staatsorchester es auch schon sagt! Die jetzige Finanzierungslösung mit einem Stadtanteil von 18 % kostet immer noch jährlich 1,6 Mio. EUR, Tarifsteigerungen und Investitionen noch nicht eingerechnet.

### **5.2.2. Landeskulturgesellschaft**

Bedeutende Kultureinrichtungen, wie die Konzerthalle, das Kleistforum und die Museen sind in einer Landeskulturgesellschaft mit Einrichtungen anderer Städte und Landkreise zusammen zu fassen und vom Land zu 100% zu finanzieren. Dies gilt für Personal, Gebäude und Investitionen.

Die Landesregierung hat jahrelang unsere Stadt unterfinanziert und Zuwendungen zu einem Großteil an fast erpresserische Bedingungen geknüpft. Mit einer Landeskulturgesellschaft könnten die Städte wirksam entlastet werden. Das neu begründete Landesmuseum für moderne Kunst kann hierbei strukturell als Modell wirken, jedoch ist die offensichtlich ideologische Fokussierung auf reine DDR-Kultur abzulehnen.

Die sogenannte Kulturstrukturreform lehnen wir in allen Varianten ab, da weder ein Personalaufwuchs verhindert noch eine Einsparung für den Haushalt erzielt werden kann.

Im Übrigen kritisieren wir die Kosten des "Gutachtens" mit 45.000 EUR als reine Verschwendung. Eine fachgerechte Evaluation wäre unseres Erachtens durch die Verwaltung möglich gewesen. Als einzige Empfehlung dieses Gutachtens sehen wir die Forderung der Auflösung der Messe- und Veranstaltungs-GmbH (MuV) als gerechtfertigt an.

### **5.2.3. Die freie Kulturszene**

Wir setzen uns für eine aktive Förderung einer studentischen Infrastruktur und Kulturszene in Frankfurt (Oder) ein.

Weiterhin erachten wir es als notwendig, dass sich die Förderung der Kulturszene grundsätzlich an der Nachfrage der Bürger orientieren muss.

Rein ideologische Selbstverwirklichungen dubioser Vereine und sog. "Künstler" dürfen nicht mehr von der Stadt und vom Land bezuschusst werden! Das Projekt "Slubfurt" kostete die Stadt viele Tausend Euro. Das Land schießt für diese Krönung der Sinnfreiheit nochmals fünfstellige Summen aus Steuermitteln zu. Damit muss endgültig Schluss sein! Im Sinne eines verantwortungsvollen Umgangs mit Steuergeldern und vor dem Hintergrunde der massiven Verschuldung unserer Stadt ist eine derartige bisherige Förderung nicht mehr zu unterstützen!

Stattdessen werden wir den Schwerpunkt auf die Förderung des Altstadtfestes Beresinchen und anderer, für ein breites Publikum ausgerichteter, Veranstaltungen setzen. Besondere Augenmerke bei der künftigen Kulturpolitik gelten aber dem Frankfurter Kabarett „Die Oderhähne“ und der Singakademie, welche beide als kulturelle Schätze unserer Stadt angesehen werden dürfen.



## **6. Schlusswort**

Unsere Abgeordneten, von Ihnen in die Stadtversammlung gewählt, werden auch nach der Wahl für Sie als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, Ihnen zuhören, verstehen was Sie bewegt, Ihre Interessen und Belange aufnehmen und versuchen diese zu verwirklichen. Wichtige Vorhaben werden wir vorab in offenen Sitzungen, zusammen mit Ihnen, den Bürgern, besprechen. Wir wollen Volksentscheide ermöglichen und dass solche auch durchgeführt werden.

Wir werden den Links-Grün verbundenen, Schwarz-Rot gestrickten Parteienblock an der Rathauspitze kontrollieren. Entscheidend sind Zukunftsperspektiven für die Stadt zu entwickeln, zu gestalten und zu realisieren. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir jetzt den Grundstein legen, um die Fehlentwicklungen der letzten Jahre zu korrigieren. Mit Ihnen zusammen, mit frischen Ideen, alternativen Betrachtungsweisen und Vorschlägen wollen wir das Leben, das Zukunftsvertrauen und das Sicherheitsgefühl der einheimischen Bürger und Bürgerinnen verbessern. Frankfurt soll unsere lebenswerte, schöne Heimat bleiben, dies werden wir mit Ihnen zusammen erreichen.

Entscheiden Sie sich deshalb am 26. Mai für die Kandidaten der AfD; geben Sie uns Ihre Stimmen zum Wohle von Frankfurt (Oder).

Ihr

AfD-Stadtverband Frankfurt (Oder)

# Unsere Kandidaten

## Wahlkreis I

Herr Wilko Möller,	52 Jahre,	Bundespolicist
Herr Meinhard Gutowski,	63 Jahre,	Fahrlehrer
Herr Michael Laurisch,	56 Jahre,	Zollbeamter
Herr Marcus Mittelstädt,	37 Jahre,	Polizeivollzugsangestellter
Herr Hendrik Gunkel,	50 Jahre,	Selbstständiger

## Wahlkreis II

Herr Andreas Suchanow,	47 Jahre,	Bundespolicist
Herr Bernd Saleschke,	68 Jahre,	Rentner
Herr Daniel Hofmann,	44 Jahre,	Selbstständiger
Herr Uwe Roßmann,	67 Jahre,	Rentner
Herr Jürgen Fritsch,	61 Jahre,	Buchdrucker
Herr Roland Warstat-Lehmann,	55 Jahre,	Selbstständiger

## Wahlkreis III

Herr Ingolf Schneider,	48 Jahre,	Instandhaltungsmechaniker
Herr Denny Lehmann,	36 Jahre,	Vertriebsmitarbeiter im Außendienst
Frau Elke Hofmann,	63 Jahre,	Handelsvertreter
Herr Hans Peter Sax,	78 Jahre,	Rentner
Herr Hanns-Peter Hartmann,	76 Jahre,	Rentner

